

## Teilabzug der US-Truppen aus Spangdahlem

Ende Juli kündigten die USA an, einen Teil ihrer Truppen aus Spangdahlem abzuziehen. Die Nachricht löste Besorgnis über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen aus. Zugleich nährte sie aber auch Hoffnungen auf eine Demilitarisierung in Rheinland-Pfalz.

Das Innenministerium des Landes hat seither betont, dass die Landesregierung für den Erhalt des Luftwaffenstützpunktes in der Eifel eintreten werde. Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Rheinland-Pfalz richtete eine Reihe von Fragen an Innenminister Lewentz. Gegenstand der Fragen waren unter anderem die Auswirkungen auf Arbeitsplätze, soziale Infrastruktur und Wohnungsmarkt in der Region und welche Schritte die Landesregierung zu deren Abfederung plane. Katrin Werner erkundigte sich auch nach Konversionsplänen, also Plänen für die Überführung in die zivile Nutzung.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Umweltschäden durch das Militär bekannt. Unter anderem standen Belastungen von Wasser und Böden mit Perfluorierte Tensiden (PFT), Kerosinablässe aus Flugzeugen und Belastungen durch Hydrazin aus Flugzeugtreibstoff in der Kritik. Auch Fluglärm und die Gefährdung durch Flugzeugunglücke stehen immer wieder im Raum.

Auf entsprechende Fragen ging der Innenminister leider ebenso wenig ein, wie auf Fragen nach der Zukunft der Airbase Ramstein und des Atomwaffenstützpunktes in Büchel. DIE LINKE setzt sich seit langem für die Abschaltung von Relaisstationen für den völkerrechtlich stark umstrittenen Drohnenkrieg ein, die sich nach Medienberichten in Ramstein befinden. Darüber hinaus fordert die Partei, dass die Kernwaffen in Büchel unschädlich gemacht werden.

### Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Rheinland-Pfalz:

„Außer einem Bekenntnis zur Militärpräsenz hat der Innenminister nichts in der Sache geäußert. Umweltbelastungen und Pläne zur zivilen Umgestaltung scheinen für die Landesregierung keine Rolle zu spielen. Daran zeigt sich, dass ökologische und soziale Nachhaltigkeit allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Es müssen aber zeitnah Konzepte her, wie die Region vom Militär unabhängig werden kann.“

„Der Teilabzug wird nicht dazu führen, dass mehr auf zivile Konfliktlösung gesetzt wird. Jedoch könnte sich hier zumindest für die Region die Möglichkeit bieten, Umweltschäden zu beheben. Vermutlich werden dazu umfangreiche Maßnahmen nötig sein. Je früher diese auf den Weg gebracht werden, desto besser.“

„Eine friedlichere Welt kann auch in Rheinland-Pfalz ihren Anfang nehmen. Die Landesregierung muss sich endlich entschieden gegen Drohnenkrieg und Massenvernichtungswaffen aussprechen. Ziel darf dabei nicht bloß die Verlegung von Waffen und Streitkräften sein. Es geht darum, Atomwaffen ein für alle Mal aus dem Verkehr zu ziehen und weltweit echte Abrüstung zu erreichen.“